

Die „Volkswacht“
ersch. wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Strassenstr. 1/1,
aus dem Verlagsort zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Jahr M. 9.00.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei und ohne M. 2.00.
Im Jahre 1909 am 1. Febr. M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis
für die einzelnen
Bogen 10 Pfennige
für die Vierteljahre
30 Pfennige
für die Halbjahre
60 Pfennige
für die Jahre
1.20 Pfennige
Kassiererei
Kassiererei
Kassiererei

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 41.

Donnerstag, den 18. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Der schöne Traum der Witwen- und Waisenversicherung.

Als Staatssekretär von Bethmann-Hollweg am 3. Februar seine sozialpolitische Reichstagsrede hielt, sagte er, daß der „schöne Traum“, mit dem aus der Ver. Trimborn von 1902 stehenden Gelbern bis zum 1. Januar 1910 eine Witwen- und Waisen-Versicherung aufbauen zu können, versprochen sei. „Das Geld, das wir für diese Versicherung zu haben glaubten, ist nicht da.“

Herr von Bethmann-Hollweg scheint wenigstens bürgerlichen Abgeordneten gegenüber ein ausnehmend höflicher Mann zu sein, denn anders hätte er zu Franzosen des Schwundes des Ver. Trimborn sich etwas weniger auslassen können.

Als das Zentrum 1902 den Buchertarif schaffen ließ, wußte es sehr wohl, daß die katholischen Arbeiter mit beständlichem Unwillen beobachteten, wie die von ihnen gewählten Abgeordneten die Interessen des Junkertums förderten. Es galt daher, diese Arbeiter zu beruhigen.

Gestützt auf eine Neuherausgabe des Reichstagslers Grafen Bilkow vom 5. Mai 1901, worin die Mehreinnahmen aus den künftigen Zolltariffen für Wohlfahrts-Einrichtungen im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsklassen verwendet werden sollten, stellte der Abgeordnete Trimborn im Namen des Zentrums einen Antrag, der in folgender Fassung im Zolltariffgesetz vom 26. Dezember 1902 Aufnahme fand:

„Der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reichs entfallende Nettozollvertrag der nach den Tarifstellen 1, 2, 102, 103, 105, 107, 107a und 160*) des Zolltariffs zu verzollenden Waren, welcher den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollvertrag derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden.“

Als die Ver. Trimborn im Reichstage zur Beratung stand, bedeutete die Sozialdemokratie den Zollwärtigen sofort, daß sie von diesem Pläntchen gar nichts halten. Für Redner, Abgeordneter Mollenbuhr, wies darauf hin, daß Freiherr von Stumm die Witwen allgemein ähnlich gestellt haben wollte, wie die „Unfallwitwen“. Dann würden bei den reichlich 3 Millionen Personen, die in Frage kämen, rund 400 Millionen Mark erforderlich sein.

Mollenbuhr sagte weiter nach dem amtlichen stenographischen Bericht:

„In der Kommission, wie dies ja auch im Bericht erwähnt ist, wurde vorgeschlagen, daß man der Witwe 100 Mark und jedem Kinde 33 1/3 Mark, oder aber der Witwe 80 Mark und jedem Kinde 40 Mark geben solle; das heißt also, da wir auf jede Witwe 1,7 Waisen rechnen

*) Zölle für Roggen, Weizen, Weiz und Weiz.

können, so würde durchschnittlich eine Person im ersten Falle 58,02 Mark und im zweiten Falle 54,81 Mark erhalten, also 16 resp. 15 Pfg. pro Tag. Ja, können Sie damit irgendeine Witwe oder Waise ernähren?“

Wenn der Herr Staatssekretär diese und die weiteren Ausführungen des stenographischen Berichts nachliest, dann wird er, wie wir hoffen, zu der Ueberzeugung kommen, daß bei der Sozialdemokratie von einem schönen Traume nie und nimmer die Rede war; sie wußte vom ersten Augenblick an, daß es sich bei der Ver. Trimborn um Augentauschung und nichts weiter handelte.

Die Sozialdemokratie im Reichstage bemühte sich aber in dieser Erkenntnis, der Sache eine festere Grundlage zu geben. Sie erinnerte daran, daß der Zentrumsabgeordnete Herold bei der ersten Beratung des Zolltariffs gesagt hatte:

„Wir haben fest und bestimmt erklärt, daß die Mehreinnahmen aus den Agrarzöllen für soziale Zwecke verwendet werden sollen, und in erster Linie ist hier die Witwen- und Waisenversorgung ins Auge gefaßt.“

Danach mußten die Mehreinnahmen aus allen Agrarzöllen, und nicht nur die im § 15 des Zolltariffgesetzes aufgenommenen der Witwen- und Waisenversorgung zugute kommen. Als unsere Parteigenossen nun in der Kommission beantragten, auch die Zölle für Hülsenfrüchte, Gemüse usw. für den sozialen Zweck zu verwenden, stimmte das Zentrum einhellig gegen den Antrag. Gewiß war auch das Zentrum der Meinung, daß der Betrag aus dem § 15 für soziale Zwecke für den erwähnten Zweck unzureichend sein werde. Daher hebt der vom Zentrumsgewählten Speck abgefaßte Kommissionsbericht die Worte des Abgeordneten Trimborn hervor, daß nach den von der Kommission beschlossenen Zollätzen die in ihrem Antrage genannten Artikel durchschnittlich 91 Millionen Mark Mehreinnahmen an Zöllen bringen würden, und dann heißt es wörtlich in dem Bericht:

„Die erforderlichen Mittel könnten zur Hälfte aus den Zinsen des anzunehmenden Fonds und aus den jährlichen Mehreinnahmen, zur anderen Hälfte aber durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber aufgebracht werden.“

Damit hatte Herr Trimborn es aber mit den Zentrumsbauern verstanden, denen Beiträge für soziale Zwecke ein „Gruel“ sind, und so erklärte er denn am 21. November 1902 im Reichstage, daß es sich bei dieser seiner Neuherausgabe um ganz unverdächtige Erwägungen eines einzelnen Abgeordneten gehandelt habe und daß im Gegenteil hierzu im Kreise seiner Freunde lebhaft Bedenken obwalteten, die Landwirtschaft und das Handwerk mit neuen Beiträgen für eine Witwen- und Waisenversorgung zu belasten.

Die Sachlage war also, daß das Zentrum zuerst alle Mehrerträge aus Nahrungsmitteln und Agrarzöllen den Witwen und Waisen zu geben versprach. Dann sollte nur die Hälfte für diesen Zweck verwendet werden. Nach Annahme dieses Antrages tat das Zentrum der Regierung aber noch den Gefallen, daß es die Zölle für Gerste, Hafer,

Butter, Käse und Eier stich und von dem verbleibenden Rest dem Reiche steigende Einnahmen zuschante. Dann stimmte es auf den Wunsch der Konservativen noch für weitere Versicherungen. So stand, abgesehen noch von dem Umstande, daß jede gute Ernte in Deutschland die Zolleinkünfte und somit die Aussichten auf eine Versorgung der Witwen und Waisen verminderte, auch für das Zentrum von vornherein fest, daß der ganze Versicherungsplan ein Unbding war.

Tatsächlich haben sich die Dinge denn auch so gestaltet, daß für die Witwen- und Waisenversicherung jährlich nur rund 43 Millionen Mark zur Verfügung standen. Will man den Witwen und Waisen aber eine Rente von je 126 Mark geben, wie sie der Unfallrente entspricht, so wären nach neuen Berechnungen jedes Jahr etwa 600 bis 700 Millionen Mark aufzubringen, also für fünfzehn Mal so viel, als von den Zolleinzöllen für diesen Zweck übrig bleibt.

Herr von Bethmann-Hollweg hatte also recht, als er am 5. Februar den Bankrott der Witwen- und Waisenversicherung ankündigte. Nur hätte er nicht von einem „schönen Traum“ sprechen sollen. Denn tatsächlich wußte von Anfang an alle Welt, daß aus der Verquickung von Buchertarif und Sozialpolitik, wie sie sich gestaltete, niemals etwas werden konnte. Die Sozialdemokratie war ehrlich und stellte diese Tatsache sofort fest; die bürgerlichen Parteien, und vor allem das Zentrum, handelten unehriglich, indem sie ihr Wissen für sich behielten und mit den Arbeiterwählern ein Gaukeleispiel trieben.

Politische Uebersicht.

Resultat gleich Null! Nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Versuch, die besitzenden Klassen zur Deckung der geforderten Summen auch nur teilweise mit heranzuziehen, vollständig scheitern wird. Was jetzt von konserverter Seite geplant und vermutlich demnächst auch durchgeführt werden wird, ist weiter nichts als ein Mandat, durch welches den Wählern der wirkliche Stand der Dinge verschleierte werden soll. Die Klassen sollen es nicht bemerken, daß das Resultat aller Bestrebungen auch den Reichern ein paar Groschen für Reichszwecke abzubetteln gleich Null ist, und darum sagt man nicht: „Alle neuen Erbschafts- oder Vermögenssteuern sind glatt abgelehnt“, sondern man sagt: „Die als durchaus gerecht erkannte Mitbelastung des Besitzes soll auf dem Wege der Berechnung der Matrularbeiträge erzielt werden.“

Das ist nun weiter nichts als ein großer Schwindel, wie sofort bemerkt werden soll. Nach der Reichsverfassung sind ohnehin die Bundesstaaten verpflichtet, dem Reiche das, was ihm zu seiner Wirtschaft aus eigenen Einnahmen fehlt, durch Darzuschüsse zu ersetzen. Diese Zuschüsse nennt man Matrularbeiträge,

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Carl von Holtei.

117
Lieber Freund Wulf, genannt Tod! Was rabotierst Du durcheinander! Sonne doch dem armen Jungen sein Vergnügen und ärgere Dich nicht über die Langmut und Indulgenz der Tonangebender in kleinen Städten! Schadet es der dramatischen Kunst, wenn in Krähwinkel, Schöppentied und Schilba der böse Graf von Moor durch Pulat repräsentiert wird? Gedulde Dich nur ein Weilschen, und wenn Du Mut findest, noch ein Vierteljahrhundert am Leben zu bleiben, so wirst Du ganz andere Wunderjachen erleben! Du kannst das Glück zuteil werden, in den größten Städten Deutschlands einen rechten „Nigger“ herumzubern zu sehen, der mit Pulat verglichen in jeder Beziehung verlieren müßte. Weder dessen glänzende Schwärze, die doch mindestens etwas entschieden Ausgesprochenes ist, noch weniger dessen produzierendes Talent wird er mitleiden. Er wird die karikierte, fragehafte Kopie der tartarischen Kopie eines schon an Parlatour freisenden englischen Manieristen sein, dem ein amerikanischer Kuffenreißer (obgleich ihn mit geschäftigem Reibe verjüngt) verschiedene Theatercoups abgelauert und dieselben amerikanisiert hat. Der Nigger wird lesterem beliebige Coups wiederum abgelauert haben, während er ihm die Rede vürpöte und die Stiefeln pökte, und wird sich Johann — da im freien Nordamerika, wo alle Menschen gleich sind, ein auf der Bühne erscheinender Farbigter unfehlbar totgeschlagen werden müßte — nach London begeben, um daselbst in gering geschätzten Strandtheatern dem Böbel einige Faren vorzumachen. Wenn es dort nicht länger geht, wird er die guten Deutschen heimzuführen; diese werden ihn mit offenen Armen empfangen; er wird das Prinzip der Emanzipation vertreten; man wird finden, daß er vortrefflich englisch redet (in London herrsche die entgegen-gesetzte Meinung!), und besonders diejenigen werden das finden, die ihn nicht verstehen; man wird sich einbilden, einen Künstler zu hören, besonders dann, wenn er dem Geiste der Dichtung schmerztrads zuwiderhandelt; und Du kannst — Du mußt nur Sorge tragen, lieber Wulf, genannt Tod, daß Bruder Tod Dich nicht früher abholt! — Du kannst dann erleben, daß der Nigger als Racheb, Schylod etc. sein schlechtes Englisch auf der Bühne redet, während die Mitspielenden Deutsch zu sprechen genötigt sind. Du kannst erleben, daß diese Frebel gegen die von Dir so treu gepflegte deutsche Schauspielkunst vor überfüllten Häusern verübt werden; und kannst endlich den plattfüßigen Roscius mit deutschen Ehrenzeichen geziert herumlaufen sehen! Die gesagt, das alles kannst Du erleben, wenn Du nicht vorher stirbst. Aber ich müßte mich in Dir irren, solltest Du nicht vorziehen,

die Augen auf ewig zu schließen, ehe es so weit kommt. Für heute gehe zu Bett und stärke Dich durch guten Schlaf auf morgen. Vergere Dich nicht über den armen Pulat und nimm mit einem rein schwarzen Jago vorkieb. Der ist lange noch nicht so schlamm, wie ein schmutzig schwarzer Usurpator von Schottland! Ste niger est, hunc tuo Wulf cabelo!

Wie lassen ihn schlafen; lassen ihn seine zweite Probe abhalten, in welcher es ihm gelang, sich zurückzuballen und seine Kräfte zu schonen; lassen ihn dann still und nur innerlich erregt den Nachmittag verträumen und suchen ihn erst wieder auf, da er, altem Brauche treu, eine Stunde vor Antritt der übrigen, dem kleinen Spiegel gegenüber sitzt und die zwei ungleichen Häften seines noch ziemlich weißen Antlitzes in ein schwarzes Ganzes zu vereinigen strebt durch Saffhülls meisterlich präparierte Fettnäse. Eigenlich weiß man nicht genau, ob unter dem Mohren von Venedig ein Neger oder nur ein Maure verstanden wird. Die Ausleger haben sich auch darüber gestritten, glaub' ich. Was kümmert's mich? Ich halte mich an einige Ausdrücke, die der Dichter selbst mir in den Mund legt, und mache mich „schwarz wie die Nacht“. Ja, Saffhüll hat wahr gesprochen. Die Narbe verstimmt sich. Es wird gelingen! ... Wär' nur die Gundeangst nicht. Herr Woffi äußerte damals bei unseren Gesprächen in Berlin, der Schauspielers, dem ein paar Stunden vor Beginn der Vorstellung, worin ihm eine wichtige Rolle obliegt, nicht das gewisse ängstliche Gefühl im Unterleibe aufsteige, der wäre kein rechter Schauspieler. Ich geb's zu; hab's auch immer und jedesmal empfunden. Aber heute ist mit's zu stark! Ich hab' Gölleangst. Nicht vor den Zuschauern. Nur vor mir selbst! Nur vor der Sache! Werb' ich ausreichen bis an den Schluß? Wird der austrangerte, ich marode Gaul noch traden bis zur Station? Und was soll ich mir wünschen? Ist's nicht besser für mich, wenn mein tollühner Versuch mißlingt? Wenn sich's zeigt, daß die Maschinerie rostig wurde, die Druckfedern schlaff, daß die Räder karrren? Dann werd' ich mich gedemütigt davon schließen, werde nie mehr beunruhigt sein von eiflen Geistes! Ja, das wäre nicht nur besser, es wäre das Beste! Denn um alles in der Welt, wofür soll's ängern, bekümmern, ich heut' mit Ghren? Doch nur zum fürchtbarsten Widerstreit in mir selbst, zum unaußerordentlichen Zwiespalt des ruhmjüchtigen, spielranken Komödianten mit seinem nichts weniger als präsenablen Jammertrah! Pulat über meine kindische Eitelkeit, die mich in solche Widersprüche verwickelte. Wer so nahe an den fünfzigern steht, müßte mehr Besonnenheit gezeigt haben! ... Ach, was da! Wär' ich besonnen, hieß ich nicht der „Tod“! Gehehe morgen, was da wolle, heute wollen wir noch einmal schweigen! Fort mit armseliger Vorsicht! Ich bin der Mohr von Venedig; ich bin Wulf, der Heldenpieler! Ich sage mein Schwannentied!

Da er auf die Bühne kam, notierten die Musikanten schon über ihrer Einstellungsmusik, die sich gar nicht so übel ausnahm. Sie hatten sich durch mehrere Maschinenteile der Militärkapelle verstärkt; Trompeten schmetterten kräftig, wie es dem tapferen Diabolo gebührt, dazu; das Haus war zum Erbeben voll; die Schauspieler zeigten feierlichen Ernst; das Ganze hatte einen festlichen Anstrich. Arabantio rannte im Hintergrunde auf und ab, die gewichtigsten zwei Rollen wiederholend. Pulat zitterte vor Aufregung, da er Diabolo erblickte. Wer hätte in diesem den bedrückten Tod wieder erkannt, welcher sich vor ein gen Augen zum Souffleur angeboten? Wie fest er auftrat; wie hoch er das Haupt hielt; wie stolz er umher sah; wie schlant und kräftig die edle Gestalt sich ausnahm! ... die Schluß-alkorde der Symphonie erklangen, und der Vorhang ging auf. Wulf hatte während der ersten Auftritte Mühe genug, das Publikum zu meistern. Mit seinem scharfen und gelbten Blick, mehr noch mit jenem ahnungsvollen Stimm, der instinktiv den Ausdruck der Physiognomie zu beuten weiß, erkannte er, daß die Mehrzahl der Gesitzten unter den Anwesenden sich auf ein belustigendes Trauerspiel freute, wie dergleichen von Schauspielertruppen ähnlicher Gattung gewöhnlich zu erwarten steht. Schon ging, wenn Pulat sprach, ein höchst bedenkliches Mitleiden hin und her, das armen Jungen selbst am verstimmtsten Gesichtslügen geltend; brach dennoch nicht zum Entschieden: Hohngelächter aus, weil der Neger seinen Jago ganz verständig sprach und eine für ihn doppelt schätzbare Zungengeläufigkeit entwickelte. Diese Wahrnehmung Abien Willens erfüllte den Beobachter mit begreiflichem Zorn, der wiederum ganz naturgemäß dem Grund-tone seines Diabolo zu flatten kam. Es lobte durch seine Neben wie ferngerollender Donner. Wenn er sprach, herrschte tiefe Stille. Die Hörer zweifeln offenbar noch immer, daß auf Saffhüll's Theater zu gesprochen werden könne, und ihr Erkennen verhinderte eine laute Kundgebung. Der erste Akt ging ohne jede Ausrufung des Beifalls vorüber, aber alle Mitspielenden empfanden, daß darin eine ihren Vorstellungen noch nie zuteil gewordene Anerkennung liege. Wulf hatte die Aufmerksamkeit, welche er anfänglich dem gesamten Auditorium zu gönnen Zeit gefunden, halb auf zwei Herren beschränkt, die dicht hinter dem kleinen Orchester in erster Reihe saßen. Beide waren ihm, da sein Auge sie zuerst getroffen, vorzüglich spätlich und zum Lachen gestimmt auf gefallen. Beide waren aber auch, das fühlte er mehr, wie das er es gesehen hätte, durch ihn entworfen worden. Er übte den Unternehmer im Zwischenspiele an den unheimlichen Schilber Vordergarbne; in der Voraussetzung, hier am Orte ohne kein Unbekanntes vorhanen sein, und verlangte Auskunft, wenn die zwei bedeutenden Köpfe angehörien. „Das müßte ...“ sagte Saffhüll. (Fortsetzung folgt.)

dem Haupt der Reichsfinanzsekretär, er bedürfe zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt 500 Millionen Mark. Werden nun — entsprechend den Regierungsvorlagen — etwa 400 Millionen Mark aus neuen indirekten Steuern bewilligt, so bleiben als zu bedeckender Rest 100 Millionen, die ohne jedes neue Gesetz ohne weiteres von den Einzelstaaten aufzubringen wären. Wenn sich also die Reichsparteien großspurig hinstellen und sagen wollen: „Wir bewilligen zu Lasten der bestehenden Klassen in Form verbelegter Matrularbeiträge 100 Millionen“, so heißt das ungefähr ebenso viel, wie wenn ein Schuldner seinem Gläubiger, der ihm einen gültigen Schuldschein, lautend auf 1000 Mark, zur Einlösung vorlegt, sagen wollte: „Wenn lieber Freund, ich werde dir 1000 Mark schenken.“

Dazu kommt aber noch ein sehr wichtiger Umstand. Die Schuld der Einzelstaaten an das Reich ist eine Ehemalschuld. Nur wenn die Mittel des Reiches nicht ausreichen, sind sie verpflichtet, das Defizit zu decken. Nun nimmt man aber vielfach, und offenbar nicht ohne Grund, an, daß die Bedarfsberechnung des Reichsfinanzsekretärs stark übertrieben ist. Werden 400 oder auch nur 300 Millionen aus neuen Verbrauchssteuern bewilligt, so werden die „verbelegten“ Matrularbeiträge überhaupt nicht zur Bedienung gelangen.

Geht es aber wirklich, daß die indirekten Steuern nicht ausreichen und daß „verbelegte“ Matrularbeiträge erhoben werden müssen, so hat nicht der Reichstag zu entscheiden, wie diese Beiträge aufzubringen sind, sondern die einzelstaatliche Gesetzgebung, das heißt im Falle Preußen der Dreiklassenlandtag. Eine allgemeine reichsgerichtliche Bestimmung, wonach die „verbelegten“ Matrularbeiträge aus Steuern aufzubringen seien, die den Besitz treffen, ist vollkommen wertlos. Steuern, die den Besitz treffen, werden in allen Einzelstaaten erhoben — aber nichts und niemand kann zum Beispiel die preussische Finanzverwaltung daran hindern, die 40 oder 50 Millionen „verbelegter“ Matrularbeiträge aus den Eisenbahnen und Bergwerken herauszuschinden — auf Kosten der Arbeiter —, während in dem Etat zu lesen steht, daß 40—50 Millionen aus Besitzsteuern an das Reich zur Aufzahlung gelangen sollen. Ein Staatsetat ist eben ein Gesetz, und wo nicht die gänzlich irrationelle Fonds- und Löhnenwirtschaft eingegriffen ist, kann kein Finanzminister sagen, aus welcher Einnahmequelle diese oder jene Million stammt, die er verausgabt.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, die in allen Selbstangelegenheiten schneller begreift, als irgend einer der von ihr beschriebenen „Börsejuden“, hat das auch sofort richtig herausgefunden. Sie verläßt alle Wähler, die zur Annahme einer Reichsbesitzsteuer raten, weil sie den „Landwirten“ weniger gefährlich sei, als eine Vermögenssteuer. Dazu meint sie ganz vernünftig:

Demgegenüber ist hervorzuheben, daß es sich nicht um einen Ertrag der Nachlasssteuer durch eine Reichsvermögenssteuer handelt, sondern nur darum, daß die Einzelstaaten ebenfalls (!!) das durch eine Vermögenssteuer aufrufen, wofür durch das Fehlenlassen der Nachlasssteuer Ertrag geschaffen werden muß. Die parlamentarischen Vertretungen der Einzelstaaten geben aber durchschnittlich eine weit größere Sicherheit, daß die Befreiung der Vermögenssteuer Rücksicht auf die gegebenen beziehensartigen Verhältnisse nimmt, als es bei dem Reichstag der Fall ist und sein kann.

Der agrarische Selbst, der von der Reichsgesetzgebung mit Befreiung bedroht wird, flüchtet ins preussische Reichsparlament. Hier findet er Verständnis für seine Schmerzen und schonende Hände! Mag sich also niemand verwirren lassen. Dringt der konservative Vorschlag durch, dann heißt es für alle Bestrebungen, den Reichstag von Reichs wegen zu besteuern, Resultat Reich Ruin!

„Gottverlassene Verleumdung.“ Der bauerndemokratische Abgeordnete Köhler hat im hessischen Landtag einen Antrag eingebracht, der der weiteren Fideikommissbildung einen Riegel vorschieben will. Köhler hat den Antrag in nicht uninteressanter Weise bearbeitet. Nachdem er betont hat, wie die Bauern durch die Fideikommissbildung von der Scholle vertrieben werden, fährt er fort: es sei

„eine der höchsten Staatspflichten würdige Aufgabe, dem ganzen Volke, und nicht einigen Auserwählten allein, den Grund und Boden zur freien Bewirtschaftung zugänglich zu machen.“

Er verweist dann auf die Bevölkerungszunahme, die es notwendig mache, den Kindern neue Wohnplätze, neue Nahrungspflanzen zu schaffen. Mit unmerklichen Seitenhieben auf seine sozialbegeisterten bisherigen Freunde von der deutsch-sozial-antifemistischen Richtung fährt er dann wörtlich fort:

„Soll das im Auslande stammende, solange es noch nicht in der Heimat selber zu finden? Wie lange soll diese gottverlassene Verleumdung noch anhalten, die das Volk im Auslande, in den Kolonien, während noch Hunderttausende von Deutschen eine würdige, reichhaltige Existenz und Behausung in der Heimat suchen.“

Die Herren von der Reichspolitischen Vereinigung erleben wenig Freude an ihrem bisherigen Genossen. Nach den neuesten Erklärungen Köhlers muß freilich die Politik seiner bisherigen Freunde ihm grüßlich gegenüber geworden sein.

Man muß es nur verstehen. Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht der frühere Oberst Goebel eine sehr interessante Uebersicht über das Verhältnis der bürgerlichen und adeligen Offiziere in der preussischen Armee. Danach macht der Adel bei den Leutnants 25 Prozent, bei den Majors 49, bei den Obersten 68, bei den Generalleutnants 86 Prozent aus! Man sieht, wie häufig bei dem Kommando von dem Kommando hat rote Haut hinter dem Haupte praeleuchtet. Die militärischen Fähigkeiten müssen bei denen, die kein „von“ vor dem Namen haben, doch weniger entwickelt sein. Denn von einer Benennung des Adels ist natürlich keine Rede. Das verleiht ja der Kriegsmannschaft von einem jedes Jahr im Kriegstage. Außerdem steht im

Artikel 4 der preussischen Verfassung: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesunterschiede finden nicht statt.“ Und Minister sagen bekanntlich immer die Wahrheit und die preussische Verfassung wird bekanntlich strikte beobachtet.

Ein neues Steuerkompromiß. Der „Germania“ wird geschrieben, daß ein Kompromiß auf folgender Grundlage zu erwarten sei:

Die Nachlasssteuer und die Ausdehnung der Erbschaftsteuer. Da für werden die Matrularbeiträge auf 1,60 Mark im Maximum festgesetzt. An die Stelle der Gas- und Elektrizitätssteuer tritt eine Kohlensteuer, pro Tonne Steinkohle und 25 Pf., pro Tonne Braunkohle 10 Pf. Diese Steuer soll 60 Millionen Mark bringen.

Statt der Weinsteuern soll die Fabriksteuer beibehalten werden. Statt der Inzertal- und Malsteuer bleibt die Grundersteuer. Bier, Tabak und Branntwein sollen 275 Millionen Mark bringen, und der Rest von 40 Millionen Mark wird durch Erhöhung des Kaffeegeldes von 40 auf 60 M. pro 100 Kilogramm abgedeckt.

Aber auch das Projekt der Kohlensteuer und des Kaffeegeldes wird von anderer Seite demittiert.

Protest gegen die Erhöhung der Telephongebühren. Gegen die Verneuerung des Telephonvertrages steht in der Berliner „Welt“ eine unerschütterliche Protestbewegung ein. Wenn die Abnahme verweigert werden sollte, dem Gegenstand gleichzeitig mit dem Postamt zu verhandeln, dann wäre eine gründliche Auseinandersetzung im Reichstage deshalb nicht möglich, weil dann die Verneuerung der Telephonverträge mit dem ganzen Wust von Wünschen, Anträgen und Anregungen, die beim Postamt zu kommen pflegen, vermischt werden würde. Das ist aber offenbar gerade die Absicht des Staatssekretärs Kroschke. Soll die Vorlage eingehend behandelt werden, so ist ihre Vorlegung vom Postamt erforderlich.

Gegen die Straßen-Demonstrationen. Die parteilose „Konserervative Korrespondenz“ verlangt die energische Unterdrückung aller nicht gerechtmäßig Straßenaufzüge und — wo solche gerechtmäßig werden — eine strenge polizeiliche Kontrolle. Der Polizei wird ziemlich unerschütterlich der Vorwurf gemacht, daß sie ihre Pflicht nicht genau beobachtet, wenn einzelne Demonstrationen hütten unangeordnet 5 bis 6 Kilometer weit marschieren können. Das läßt sich unbilligsten Umständen. Die „Korrespondenz“ überhebt sich, daß die Polizei gar keine Zeit habe, denn sie mußte „Unter den Linden“ die Straße für den Königsdienst freigehalten. „Im gutem Willen“ hat es der Berliner Polizei nicht zugetraut.

Kinderei. Eine lebhafte Auseinandersetzung in der Stadtverordnetenversammlung zu Berlin das vorgeschlagene Verbot nichtidentischer Inschriften auf Zeichensteinen. Das Verbot fordert völlige Freiheit der Sprache bei Inschriften. Schließlich wurde ein von liberaler Seite angebotenes Kompromiß, nach dem bei nichtidentischen Inschriften die deutliche Uebersetzung dabei stehen muß, angenommen. Ein edler liberale Anwalt! Also so herrlich weit haben wir es bereits in Preußen gebracht, daß man nicht einmal mehr seinen Leib auf dem Altar der Inschriften liegen lassen kann, die man will. Alles wird „beobachtet“ oder „verboden“.

Wahlrechtserweiterung im Herzogtum Sachsen-Altenburg. Dem alten sächsischen Landtage ist eine Novelle zur Abänderung des Wahlrechts zugearbeitet, die die Abgeordnetenzahl von 30 auf 32 erhöht. Es kommen zwei Wahlbezirke der Städte Meiningen und Weimar; dieser Wahlbezirke verbleiben künftig nur noch sieben Bezirke. Dagegen erhalten die Handelskammer, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer und die künftig zu bildende Arbeiterkammer je einen Abgeordneten im Landtag.

Hilfe für Hochwasser Geschädigte. Die national-liberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Regierung zu eruchen, zur Hebung der jüngsten Hochwasserschäden, soweit sie noch der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen von diesen nicht getragen werden können, Staatsmittel durch Gewährung von nicht rückzahlbaren Unterstützungen oder zinsfreien Darlehen bereitzustellen.“

Ausland.

Die englische Thronrede. In der Ansprache, mit welcher der König von England das Parlament eröffnete, gab er der Freude über den herzlichen Empfang in Berlin Ausdruck, hoffte auf das Zustandekommen der Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten und die Behebung der Schwierigkeiten auf der Balkanhalbinsel. Zum Schluß heißt es:

Infolge verschiedener Ursachen, unter denen die Altersversicherung und die notwendig werdende Erhöhung der Aufwendungen für die Flotte zu nennen sind, werden die Ausgaben dieses Jahr diejenigen des letzten Jahres erheblich überschreiten. Die Beschaffung der für den Staatsdienst erforderlichen Mittel wird deshalb sehr ernste Erwägungen nötig machen. Es ist infolgedessen zu fürchten, daß für eine anderweitige Gesetzgebung weniger Zeit verfügbar sein wird. Die Thronrede kündigt die Wiedereröffnung der irischen Landbill an und beschäftigt sich weiterhin mit der Frage der Arbeitslosen, die die sorgfältige Beachtung der Regierung finde und stellt eine Vorlage, betreffend die bessere Organisation des Arbeitsmarktes durch ein System des Austausch gleichwertiger Arbeit in Aussicht, wozu andere Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbunden werden können. Ferner kündigt die Thronrede eine Vorlage, betreffend die Einrichtung von Handelsämtern für gewisse Industriezweige, an, in denen vorzugsweise zu Hungerlöhnen gearbeitet wird, und eine Vorlage, die das Auslandsbringen und Verkaufen von Fischen verbietet, die in den an Schottland grenzenden, für den Fischfang verbotenen Seegebieten gefangen sind.

Eine Arbeitslosen-Demonstration in England. Der Trafalgar Square in London, der denkwürdige Demonstrationplatz, der schon so viele mächtige Aufgeborenen gesehen hat, sah am Sonntagabend eine der eigenartigsten Demonstrationen. Unter Leitung von 30 englischen und hundert deutschen Sozialisten trat auf diesem Platze ein von 10000 Personen bestehendes Mezzing an, um für die Arbeitslosen zu demonstrieren. Die englische Rede sprach kurz aus im sozialistischen Sinne und rief mit ihrem Ausführender große Begeisterung hervor. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Arbeitslosigkeit kann nur erloscht werden durch Verrückung der Grundlagen des jetzigen Wirtschaftssystems. Inwiefern wird die Regierung aufgefordert, sofort Mittel für Arbeitslose zu bewilligen und in der nächsten Parlamentssitzung vor allem die Arbeitslosenfrage auf die Tagesordnung zu setzen.“

Ein hervorragender Schriftsteller als Polizeispitzel? Aus Warschau schreibt man der „Leipziger Postzeitung“ vom 10. Februar: In der polnischen Gesellschaft steht man mit großer Spannung dem in kommenden Woche bevorstehenden gesellschaftlichen Gericht über den bekannten Schriftsteller Stanislas Brzozowski entgegen. Es handelt sich um einen hervorragenden Publizisten und Verfasser einer ganzen Reihe geistvoller sozialistischer Werke. Bis vor kurzem habe er als ein Hauptbevollmächtigter des polnischen Sozialismus bei der P. S. unangenehmem Rufe genossen und eine ganze Reihe von Aufträgen an sich gesammelt. Da persönliche Gründe der einen Zeit zur Verhinderung aller progressiven Kreise Polens das Organ der polnischen Sozialdemokratie Kopien von offiziellen Dokumenten, die den Reichsminister betreffen, bei der gelehrten Schriftsteller der russischen politischen Scheinpolizei gegen General Spitzelhaftigkeit geliefert habe. Das Schicksal Brzozowskis war damit besiegelt. Doch die Mitteilungen, daß er nicht nur für die polnischen Parteien, sondern überhaupt als Herrscher abgelehnt, dem Reichsminister haben jedoch zwei polnische Schriftsteller, von den Angehörigen der Sozialdemokratie eingeschlossen, über ihn ein Buch geschrieben, in

dem sie seine Rehabilitierung anstreben und ein gesellschaftliches Gericht beantragen. Als Ergebnis dieser Publikation wird nun dieser Tage in Krakau ein Forum, das aus Vertretern der P. S., ihres linken Flügel und der galizisch-polnischen Sozialdemokratie sich zusammensetzt, den rätselhaften Fall zu erschleiern suchen. Unter den Zeugen wird unter anderem auch der in der letzten Zeit oft genannte Bakat, der den ersten Anstoß zur Entlassung Brzozowskis gegeben hat, fungieren. Bekanntlich doch dieser ehemalige Geselle des Chefs der Warschauer politischen Polizei, daß er ihm persönlich eine gewisse Schuldsumme im Namen der Polizei überbracht hätte. Die Epigonen des Brzozowskis sollen vor allem darin bestanden haben, daß er für die politische Polizei allgemeine Berichte über den Stand der geheimen sozialistischen Parteien Polens abgefaßt hätte. Also formuliert auch Bakat seine Anklage gegen Brzozowskis.

Der Nationalitätenkampf in Böhmen soll nun vor dem Strafrichter seine Fortsetzung finden. Die Staatsanwaltschaft nahm über hundert Anschuldigungen in den Wohnungen tschechischer Abgeordneter und Redaktoren in Prag vor. Zahlreiche Anklagen wurden beschlagnahmt. Es handelt sich um die Feststellung der Organisations der Prager Straßenkrawalle und des Boykotts deutscher Waren.

Die Revolution in Persien. Aus Meshi werden weiter viel endlose Einzelheiten über die dortselbst ausgebrochenen Unruhen mitgeteilt. Ungefähr 200 Verschwörer, hauptsächlich Kaufleute, drangen in einen Garten, in welchem sich der Gouverneur aufhielt, und schloßerten eine Bombe, durch die der Gouverneur und seine Gefährten getötet wurden. Alsdann lebten die Verschwörer in die Stadt zurück, zerstörten mittels Handgranaten das Gouvernementsgebäude, die Post, das Telegraphenamt und das Justizgebäude und bemächtigten sich des Arzels und der Gefängnisse. Die Revolutionäre haben dem russischen Konsul versprochen, Leben und Eigentum der russischen Untertanen und der friedlichen Dittsbewohner nicht zu gefährden.

Die Gärung in Indien. Aus Kalkutta wird ein Anwachsen der Geheimbünde gemeldet, die gegründet worden sind, um Indien vom Reich der Engländer zu befreien. Die Verschwörer in Kalkutta sind hauptsächlich in Verbindung mit den Verschwörern in Bombay, so daß Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß die Organisation der Unruhen sich über das ganze Land ausbreitet. Die indischen Geheimbünde sollen nach dem Muster der russischen Revolutionäre organisiert werden, mit einem inneren Rat, einem inneren Kreis und einem äußeren Kreis der Leiter. Viele Verbindungen, die bisher gebildet wurden, sind nunmehr für ungelänglich erklärt worden.

Partei-Angelegenheiten.

Hohe Geldstrafen. Vor dem Landgericht Dangen als Verurteilung wurde der Genosse Uhlitz, Redakteur der „Bitterer Volkszeitung“, zu 1000 Mark Strafe wegen Verleumdung eines Arztes, ein anderer Mitangeklagter, ein Apotheker, zu 1600 Mark Strafe verurteilt.

Das erstinstanzliche Urteil des Schöffengerichtes Jittau lautete auf je zwei Monate Gefängnis.

Arbeiterbewegung.

101 300 Arbeitslose. Wie wir bereits gestern kurz meldeten, hat die Arbeitslosenzählung für Groß-Berlin ergeben, daß 101 300 Arbeitslose vorhanden sind. Davon entfallen 67 367 auf Berlin, 33 933 auf die Vororte. Die Zahl ist außerordentlich gewaltig vorangegangen, denn es sind 3 467 Karten als zweifelsfrei ausgeschieden worden.

Zum Kölner Ärztestreit. In der Reichstagsitzung vom 18. Februar hat der Abgeordnete Dr. Mugdan behauptet: Die Kölner Krankenkassen hätten schon vor Monaten hinausposaunt, sie brauchen die alten Ärzte nicht mehr, sie seien mit genügend neuen Ärzten versorgt; nunmehr aber stelle sich heraus, daß sich der Krankenkassenverband nicht genügend Ärzte verschaffen könne.

Es muß demgegenüber festgestellt werden, daß der Kölner Krankenkassenverband schon vor Beginn des Ärztestreits genügend Ärzte vertraglich auf Jahre hinaus verpflichtet hat, und zwar in einer Zahl, die auch von der Regierung als durchaus genügend erachtet wurde. Es ist unwahr, daß die Kölner Kassen nicht genügend Ärzte hätten. In einer Verammlung der Kassenvorstände und leitenden Beamten wurde festgestellt, daß nach der eigenen Angabe der neuen Ärzte zwei Drittel von ihnen durch die Behandlung der Kassenmitglieder allein nicht voll beschäftigt werden, und daß kein Fall bekannt geworden ist, in dem von den neuen Ärzten nicht in kurzer Zeit Hilfe geleistet wurde. Eine Verragung der sämtlichen erwerbunfähigen Kassenmitglieder hat ergeben, daß berechnete Klagen über die neue ärztliche Behandlung nicht vorgebracht wurden; im Gegenteil haben die Befragten sich durchaus lobend über die gründliche Untersuchung und die sonstige Behandlung ausgesprochen.

In einer vom national-liberalen Vereine einberufenen Versammlung in Köln hat einer der leitenden Geister des Ärztereines, Dr. Stagenstein, erklärt, nicht ausschließlich die materielle Seite sei es, die die Ärzte auf freie Arztwahl dringen lasse; durch die freie Arztwahl werde der Arzt gezwungen, einer Organisation anzugehören, und dies spreche in der Hauptfrage bei dem Vorliegen des Ärztereines-Bundes in Köln mit.

Also die Krankenkassen sollen die Rolle des Prügelknaben spielen, damit die Organisation der Ärzte stark und mächtig werde, und darum hospitalisiert man Kranke und Sterbende.

In der Diskussion erklärte der Arzt Dr. Schilke, an dem Kölner Konflikt sei allein die Art des Vorgehens des Ärztereines schuld. Es mache sich unter den Mitgliedern der Ärztereineorganisation eine Gärung bemerkbar, die kurz davor stehe, in die Tat überzugehen; die Ärzte wollten tun, was sie für gut und recht hielten, nicht aber, was ihnen von Leipzig befohlen würde.

Der Kölner Ärztestreit hat wieder ein Menschenleben gefordert; einer der streikenden Ärzte in Köln-Rindenthal verweigerte die Behandlung eines ein Jahr alten Kindes, weil der Vater Kassenmitglied war. Infolge der Verzögerung starb das Kind einige Stunden nachher an Diphtheritis und zwar in den Armen des Vaters auf dem Wege zum Augusta-Hospital.

Wichtiger, Farmer! Im Eisenwerk Neubrandenburg, L. S., vorm. Rava, sind die Farmer und Gießereiarbeiter wegen fortwährender Lohn-Reduktionen in den Ausstand getreten. Seit September 1908 ist in diesem Betrieb ein Abzug dem anderen gefolgt. Es ist jetzt so weit, daß die Farmer auf eine Reihe von Artikeln kaum noch 250 M. pro Tag verdienen können. Die Gießereiarbeiter erhalten jetzt 100 M., wobei sie nicht einmal auf ihren schon recht geringen Lohn kommen. Auch sonst steht es in der Gießerei traurig aus, es fehlt an Trinkwasser, beim Gießen ist die Erde total verqualmt. Es fehlt auch an Werkzeug. Wir ersuchen dringend den Bezug von Formern und Gießerei-Hilfsarbeitern von Neubrandenburg fern zu halten.

Ein christlicher Verleumder. In der Betriebszeitung zu Darmstadt befindet sich ein sogenannter Arbeiterverein, der sein in Mitteilungen im Moskauer Lasterkataloge gewährt und von Mitgliedern des Darmstädter Arbeitervereines (die allerdings längst geschieden wurden), gegründet wurde. Der dem christlichen Erzieher Verbande anhängende Arbeiter Wilhelm Rausch denunzierte nun den Vorstand

Stadt-Theater.

Wittwoch 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell. Donnerstag 7 Uhr: Kohengrin. Freitag 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Stadt-Theater.

Sonntag den 20. Februar: Theater-Redoute. 7 1/2 Uhr: Einlaß. 9 Uhr: Promenaden-Konzert. 7 1/2 Uhr: Konzert, ausgeführt von Solo-Mitgliedern der Oper. 10 1/2 Uhr: Ein Romanfabrik. Dramatischer Scherz von Rudolf Oesterreicher. 11 Uhr: Amor im Hauptstadium. Operette in 1 Akt, Musik von Bela Laszky. 11 1/2 Uhr: Kaufmann Marisch. 12 Uhr: Ball (zwei Kapellen).

Lobe-Theater.

Wittwoch 7 1/2 Uhr: Die Dorfbräutigam. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Moral. Freitag 7 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin. Samstag 7 1/2 Uhr: Die Siebe wacht.

Thalia-Theater.

Soll-Feststellung. Freitag: Scene II. 3. Vertheilung: Die Tür ins Freie. Samstag 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag 7 1/2 Uhr: Die Wollweber. Mittwoch Donnerstag Freitag und Samstag von 10-12 Uhr. Sonntag von 11-2 Uhr im Thalia-Theater und im Haupttheater.

Schauspielhaus

Wittwoch 8 Uhr: Die Förster-Christel. Donnerstag 8 Uhr: Gretchen. Freitag 8 Uhr: Die Förster-Christel. Samstag nachmittags 3 1/2 Uhr: Keine Freie! Keine Freie! Der Revisor. Sonntag 8 Uhr: Der König. Der König.

Liebig's Etablissement.

Robert Steidl und des Fräulein Februar-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktorla-Theater.

„Durga“ (Das fliegende Piano). Esge das brillante Februar-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr. Von Wednesday gültig.

Zeltgarten.

Dir. H. Krastnik. Das weltberühmte Burlesken-Orchester. Neueste neue Spezialitäten.

Palmogarten.

Dir. H. Krastnik. Das weltberühmte Philharmonische Glas-Orchester. Das neue Cderbauische System. Entree freil!

Alte Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft

Alle Egenten und Vermittler bei höherer Provision. Scharn 100 A. 601 an Haasenstein & Vogler A. G. Breslau.

Konfektion.

Blädden und Frauen für höherer Provision. Scharn 100 A. 601 an Haasenstein & Vogler A. G. Breslau.

Wichtig! Tischler!

Andere Unternehmung hätte beabsichtigt die Arbeit eines Tischlers zu 1000 Mk. bei einer gutbedingten Arbeit zu verkaufen, und beläßen die Werkstätten nicht zu sein zu werden. 704

Ein kluges Brautpaar

Mit Möbel durch aus der Tischlerer Lenthenstr. 33, Bartsch.

Höchst wichtig für Hausfrauen!

Feine Vanille-Stücker-Schokolade à Pfd. 80 Pf. bei 10 Pfd. 1 Pfd. Rabatt. Cacao-Pulver à Pfd. 1.-, 1.20, 2.-, 2.10 Mk. Sahne-Cacao leicht verdaulich, feinschmeckend à Pfd. 1.40 Mk. Kandierter Cacaotee immer frisch à Pfd. 25 Pf. Tee's neuer Ernte à Pfd. 1.-, 1.20, 2.-, 2.40, 3.-, 4.- Mk. Grus-Tees à Pfd. 1.-, 1.20 Mk. Gefüllte Honigbienen-Bonbons à Pfd. 60 Pf. Wilhelm Boese Breslau I. Dorotheenstr. 3 Schokoladen-, Cacao- u. Zuckerwaren-Fabrik.

Planos, Steige-Peitern

Flügel u. Harmoniums größte Auswahl, jede Preislage, Teilzahlg., Mieta., Reparaturen Stimmen Georg Neumann Breslau, Neuo Graupenstrasse 13, 85



alle Systeme für Haus- und gewerbliche Zwecke, den geistlichen Ansord entsprechend von 3.50 an liefert die Spezialfabrik von

C. O. Kornmann, Breslau, 160 Tajchenstraße 28/29, Al. Groschenstraße 22.

Generalisten Pflanzenfett Weiches, feine, Pfd. 50 Pf. 1/2 Tafel 34 Gelbes weich, feine, 52 in Buttergehalt. 60

J. May sen. Nur Büttnerstr. 7.

Buchhandlung Volkswacht. Der wahre Jakob, Wigblatt, wöchentlich 0.10

Ozonif

Modernstes Waschmittel Deutsches Reichspatent gibt nach halbstündigem Kochen ohne Reiben und Bürsten blendend weisse, unverdorrene Wäsche und ersetzt die Rasenbleiche vollkommen. Für absolute Unschädlichkeit garantieren die Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) G. m. b. H. in Düsseldorf.

Auf Teilzahlung 503 Möbel, Spiegel, Postkarten, Teppiche, Accousters, Freischwinger u. s. w. kaufen reelle Leute preiswärtig bei Gebr. Buchmann, Fischergasse 2.

Wer ein Fahrrad kauft, tut dies immer am vorteilhaftesten in einer Fabrik seines Wohnortes, weil er am schnellsten und preiswertesten alle Reparaturen und Ersatzteile erhält. Die einzige in Breslau existierende Fahrradfabrik ist diejenige von Max Kluge, Nr. 4/6, Harrasgasse Nr. 4/6, die neben ihrer eigenen vorzüglichen und preiswerten Produktion noch die General-Vertretung der weltbekanntesten Schria-Fahradwerke Graz und der Vielfesher Maschinen-Fabrik vorm. Dürkopp & Co. besitzt.

Knorr's Erbswurst und Suppenwürstchen enthalten alle Nähr- und Geschmacksstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Suppenwürstchen gibt drei Teller gehaltreiche Suppe. Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Tasmalzi-Cigaretten advertisement with logo and list of products: Fei mit Mundstück, Locca mit Mundstück, Unca mit und ohne Mundstück, Unsere Marine mit und ohne Mundstück, Killa mit Mundstück, Rausse mit und ohne Mundstück, Elegante Blechpackung, Elmas Gold, Elegante Blechpackung, Ptee m. Mundst., o. Mundst. u. Gold.

Zu Grogg u. Tee: Seidel & Co., Breslau. Füllten: Ring 27 u. Altbüscherschle 13. Fabrik u. Detailverk.: Tiergartenstr., auch Lutherstr.

Bezugsquellen-Verzeichnis der „Volkswacht“ für das niederschlesische Industriegebiet.

Large directory listing various businesses and services: Drogen u. Farben, Herrengarderobe, Kaufhäuser, Kleiderstoffe u. Seidenwaren, Kolonialwaren, Möbel-Magazine, Musik-Instrumente, Papier- u. Schreibwaren, Photographen, Putz, Wäsche u. Wollwaren, etc.

Deutscher Reichstag.

308. Sitzung vom Dienstag, den 16. Februar, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Schulz.
Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichseisenbahnamt.

Abg. Stolte (Soz.): Den Vertretern des Reichseisenbahnamts wird es gemäß recht sein, wenn sie auf Mängel aufmerksam gemacht werden. Ein Mangel aber geht daraus hervor, daß in den Kreisen der Eisenbahner verlangt wird, daß Leute, welche bei Untersuchungen von Unfällen auf Mißstände hinweisen oder dergleichen Meldungen machen, eine schriftliche Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten erfahren. Eine Verfolgung der Abtönischen Eisenbahndirektion spricht dies aus. Es wäre eine Aufgabe des Reichseisenbahnamts, mit aller Kraft hier für Abhilfe zu sorgen. Ein Kommando, wie er in der Kaiserzeit üblich, ist jedenfalls auf der Eisenbahn nicht angebracht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die ersten Klagen der Eisenbahner waren nicht gegen zu lange Arbeitszeit und geringen Lohn gerichtet, sondern gegen die unbedeckten Breiten. Das Bismarckhauschen erlebte den Aufschwung und die Disziplinierung des Feins, und wo es fehlte, haben die Menschen darunter zu leiden. Nun ist im November v. J. eine Verfassung ergangen, monoch Verbesserungen an den Breiten anzuordnen, sofern die Kosten durch die Vorgesetzten nicht entstehen. Das ist ein sehr merkwürdiger Erfolg. Eine solche Spartheorie ist verwerflich und hummelstreichend. Diese Kosten bedürfen der Abhilfe. (Zust. bei den Soz.) Ich muß ferner betonen, daß die Unsicherheit des Betriebes größer geworden ist. Von 1901 bis 1907 ist die Zahl der Unfälle gestiegen. Gegenwärtig sind die Unfälle auf 14 bis 15 Stunden im Monat für etwas Unbedeutendes zu sein, während es doch zweifellos zu viel ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Und wie steht es mit den Eisenbahnarbeitern in den Verhältnissen? Es handelt sich um 300,000 Arbeiter, die den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht unterworfen sind. Dieses bestimmte bestimmt die Ministerialerlass vom Februar 1905. Früher war es anders. Und im Königreich Württemberg unterliegen die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten auch heute noch der Gewerbeordnung. Eine ähnliche Ausnahme. Was in Württemberg möglich ist, das sollte auch in den anderen deutschen Staaten möglich sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Reichstag sollte den Präsidenten des Reichseisenbahnamts dazu dringen, energisch Wandel zu schaffen. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident des Reichseisenbahnamts **Schulz** hält die vom Vordredner gezielte Verfügung für unmöglich. Die offenen Breiten sind im wesentlichen ganz beseitigt. Im Jahre 1907 seien prozentual weniger Unfälle zu verzeichnen, als vor 30 Jahren. Sie können aber nicht sein, daß wir unser Möglichstes tun, die Betriebsicherheit zu fördern.

Abg. Schrader (freil. Vp.): Die Befugnisse des Reichseisenbahnamts seien nur sehr beschränkt. Sein Stellen, Rüstung, Wismarck habe ihm weit umfassendere Tätigkeiten angedacht. Aber Preußen wolle in Bahnsachen, wie in Finanz- und sonstigen Fragen das Reich finanziell unterstützen. (Zust. links.)

Präsident des Reichseisenbahnamts **Schulz** bestreitet, daß das Reichseisenbahnamt von dem preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten abhängig sei. Beide Behörden ständen in ausgeglichener Beziehungen.

Abg. Orlow Gans zu Bultitz (konf.): Die dem Reichseisenbahnamt zugewiesenen Aufgaben werden von ihm in durchaus befriedigender Weise erfüllt.

Abg. Carstens (fr. Vp.): bittet um Auskunft, ob das Reichseisenbahnamt Einfluß auf die Löhne haben könne, soweit die Löhneverhältnisse Einfluß auf die Betriebsicherheit haben, und verbreitet sich über den merkwürdigen Vorfall von Elmhorn.

Präsident **Schulz** betont, daß das Reichseisenbahnamt nur bei vorliegender Gefährdung der Betriebsicherheit sich in Verwaltungsmaßnahmen der einzelstaatlichen Verwaltungen einmischen könne und betonen seine völlige Unabhängigkeit gegenüber dem Zustand in Elmhorn.

Abg. Storj (libd. Vp.): Das Reichseisenbahnamt sei gar nicht so machtlos, mehr Energie sei aber nötig seitens des Reichstages und des Amtes. Manches, was Herr Eberhard über die Zeitverschwendung in den Anzeigens sagte, war berechtigt.

Abg. Dr. Fischer (Zentrum): In der Budgetkommission ist unsere Resolution einstimmig angenommen worden. Um so bedauerlicher, daß die Konzeptionen und die Nationalliberalen jetzt nicht dafür stimmen wollen. Die kurze Dienstzeit der Beamten im Reichseisenbahnamt muß erbittern auf alle anderen Beamtenkategorien wirken. Wenn so wenig Arbeit da ist, soll die Zahl der Beamten vermindert werden. (Zust. i. Zentrum.)

Abg. Sachse (Soz.): Das Verkaufsverbot des „Vormärts“ auf den Bahnhöfen, welches schon Herr Storj gelobt hat, ist eine lächerliche. Mit solcher Maßlosigkeit wird nicht verfahren. In meinem Wahlkreis befindet sich ein Tunnel zwischen Volkhammer und Dittelsbach. In der Breslauer „Volkswacht“ und in Volkerversammlungen wurde die Schadhaftheit dieses Tunnels gerügt. Am 8. Februar wurde der Tunnel dann auch geschlossen und schon am Tage darauf stürzte das Eisengerüst in ihm zusammen. Es war also die höchste Zeit und ein Beweis dafür, daß solchen Vorkehrungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist. (Zustimmung bei den Soz.)

Ich möchte noch das Reichseisenbahnamt auffordern, die vierte Wagenklasse besser einzurichten, welche die größten Einnahmen liefert. Wenn Tausende von Auswanderern 14 und 16 Stunden lang in dieser Klasse befördert werden, so müßte sie unbedingt Bedürfnisse anhalten haben. Auch Spundkäufe sind nicht vorhanden. Auch Nichtraucherabteilungen fehlen. Und die Unsauberkeit in den Wagen vierter Klasse ist ein Hohn auf jeden Begriff von Reinlichkeit.

Um die Betriebsicherheit zu erhöhen, ist es vor allem nötig, daß die schicksalbehafteten Arbeiter und Unterbeamten aufgebessert werden. In Bornsdorf kam es wegen der geringen Löhne zu Differenzen und ein entlassener Arbeiter fand bei einem Tiefbauunternehmer Arbeit. Von Seiten der Eisenbahnverwaltung wurde aber für seine Entlassung gesorgt. (Hört, hört! bei den Soz.) Dergleichen Vorurteile sind des Deutschen Reiches unwürdig, das Eisenbahnamt sollte auf Abhilfe dringen. (Lebhafter Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Ulrich (Soz.): Wir können der Resolution zustimmen, die auf eine Verbilligung der Verwaltungskosten des Reichseisenbahnamts abzielt. Das Verkaufsverbot an den Bahnhöfen ist nicht nur die sozialdemokratischen Blätter. Auch wenn im „Simplex“ ein Bild erscheint, das gewissen Herren nicht paßt, so ist man sofort mit einem Vorstoß bei der Hand. Freikundige Blätter sind ja augenblicklich von dieser Gefahr befreit. Aber die Verehrlichkeit der Welt vergeht manchmal schneller, als viele es sich denken. (Zustimmung! b. d. Soz.) Diefelben Eisenbahn-Buchhandlungen aber, die aus politischen Gründen gezwungen werden, verkaufen den größten Schund, die „Vierteljahrshefte“ und „Ehrenpreise“ von Literatur. Es wäre natürlich besser, wenn überhaupt eine Kontrolle sein würde, nicht politische Bücher, sondern wissenschaftliche der Volksbildung zu Gute zu tun und die Schundliteratur zu unterdrücken.

Abg. Seyl zu Herrnsheim (nall): polemisiert gegen den Abg. Ulrich und schließt den v. e. schicklichen Vertrag als das größte Entgekommen von deutscher Seite und einem großen Vorteil für Hessen. (Lebhafter Bravo rechts, Lachen b. d. Soz.)

Abg. Storj (libd. Vp.): bezeichnet die Ausführungen Ulrichs als übertrieben, will aber auch das vorbehaltlose Lob des Herrn von Seyl nicht unterschreiben. Herr Fischer scheint von der Zunahme des Eisenbahnverkehrs eine Gefahr für die Weltanschauung zu sehen, der das Zentrum seine Macht verleiht. (Sehr richtig! links, Lachen im Zentrum.)

Abg. Stolte (Soz.): Die Zahlen, die der Herr Präsident mir gegenüber angegeben hat, sind nicht stichhaltig. Im allgemeinen hat die Zahl der Unfälle zugenommen. In Sachsen hätte mit Einführung der vierten Wagenklasse auch eine Vermehrung des Jugendschicksal ereignet werden müssen. (Bei all b. d. Soz.)

Abg. Dr. David (Soz.): Herr v. Seyl hat angeblich im Namen der großen Mehrheit des heilichen Volkes gesprochen. (Zurück: das Volk in der ersten Kammer!) In der ersten heilichen Kammer ist das Volk überhaupt nicht vertreten und das heiliche Volk wählt immer das Gegenteil von dem, was Herr v. Seyl dort in seinem Namen sagt. Herr v. Seyl hat nicht den geringsten Versuch gemacht, das von meinem Freunde Ulrich vorgebrachte Material zu erschüttern, welches beweist, daß Preußen sich Jahre hindurch auf Kosten Hessens zu Unrecht bereichert hat. (Sehr wahr! bei d. Soz., Unruhe rechts.) Eine Revision des Vertrages muß eintreten, wenn es überhaupt ein Recht geben soll. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdem.)

Abg. Freiherr Seyl zu Herrnsheim (nall): Mit dem Vertrag sind in Hessen alle Parteien zufrieden, nur nicht die Sozialdemokraten. Das Interesse Hessens ist dabei aufs beste gewahrt.

Abg. Ulrich (Soz.): Das g'ängende Geschick, das wir Hessen nach Herrn von Seyl gemacht haben sollen, behält darin, daß wir die Ueberschüsse nur haben, weil wir neue Schulden machen, worauf sogar unser Finanzminister hingewiesen hat. Unsere Eisenbahnschuld beträgt 100 Millionen und vermindert sich von Jahr zu Jahr.

Die Resolution wird angenommen.
Das Haus verläßt sich auf Mittwoch 2 Uhr. (Gesetz betreffend Armenunterstützung und öffentliche Rechte, Bankgesetz, Gesetz betreffend Forderung der Doppelbesteuerung.)
Schluß 7 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung, Dienstag, den 16. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministerstisch: Dr. Delbrück.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste

Beratung der Novelle zum Berggesetz
in Verbindung mit der Beratung der folgenden Anträge:
1. Antrag Dr. Szuman (Soz.) und Genossen, betreffend die geordnete Wahl der Knappschäftsleiter, die Einführung von Vertrauensmännern der Bergarbeiter und die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken.
2. Antrag Kronsohn (fr. Vp.) und Genossen, betreffend die Einführung von Vertrauensmännern der Bergarbeiter und die reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts.
3. Antrag Imbusch (Zentrum) und Genossen, betreffend die Mitwirkung der Bergarbeiter bei der Grubenkontrolle und die reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse; und
1. Antrag Krause-Walzenburg (freikonsf.), betreffend die Verantwortlichkeit der Bergwerksbetriebsbeamten und Betriebsleiter und die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Grubenkontrolle.

Handelsminister Dr. Delbrück:

Die Fragen, welche der Gezeitenunterschied regeln soll, beschäftigen die Bergverwaltung seit Jahrzehnten und sind jetzt als Vorwurf zu betrachten. Den äußeren Anlaß zu ihrer Regelung hat das Unglück auf der Grube Kadob gegeben. Der erste Teil des Gesetzes beschäftigt eine anderweitige Regelung der herkömmlichen Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten. Die jetzigen Bestimmungen haben sich bei der Ausdehnung der Betriebe nicht mehr als ausreichend erwiesen. Nach wie vor soll die Stellung eines für die Gesamtheit des Betriebes verantwortlichen Arbeitsschleifers beibehalten werden; aber daneben sollen auch Verantwortliche gemacht werden die ihm nachgeordnet werden, und auch den Verantwortlichen zugewiesen werden, als sie durch Anordnungen oder Unterlassungen in den Betrieb sich einmischen. Geändert sind ferner die Bestimmungen über die Erstellung und Entziehung der Qualifikation. Wenn auch die Zahl der Kurse gegen bisherige Entziehung der Qualifikation sehr gering waren, so entsprach doch das bisherige Verfahren nicht den modernen Bedürfnissen. Die Bestimmungen sind geordnet analog den entsprechenden Bestimmungen für die Marktschleifer. Das Verfahren wird dadurch einerseits für die Marktschleifer erhalten die Beteiligten alle notwendigen und andererseits erhalten die Beteiligten alle notwendigen Rechtegarantien. Die neu geschaffene technische Deputation soll zu zwei Dritteln aus Interessenten bestehen, die von Arbeitgeber und Arbeiter ernannt werden, und zu einem Drittel vom Minister ernannt werden. Die wichtigste Frage ist die der Grubenkontrolle. In England werden für jede Grube aus der Belegschaft heraus zwei Kontrolloren gewählt, die das Recht haben, einmal im Monat die Grube zu besuchen. Die Kosten der Befahrung sind den Arbeitgebern aufzuerlegen. Ähnlich ist das Verfahren in Frankreich, wo nur das dort die Kosten der Arbeitgeber zu tragen haben. In Belgien werden die Kontrolloren vom Minister ernannt auf Vorschlag der Arbeitgeber und Arbeiter. Das belgische Institut entspricht unseren Entwürfen. Bei uns haben sich die Verhältnisse ganz anders entwickelt. Während in England völlige Kauffreiheit vorhanden war, herrschte bei uns das Direktionsprinzip; der Staat war für alles verantwortlich. Als dann Direktionsprinzip aufgegeben wurde, übernahm der Staat die Kontrolle der Gruben. Während in England auf 23 000 Arbeiter ein staatlicher Kontrollor kommt, kommt in Preußen ein staatlicher Kontrollor auf 1430 Arbeiter. (Hört, hört!) Ein staatlicher Kontrollor auf 1430 Arbeiter. (Hört, hört!) In diesem Zustande soll im wesentlichen nichts geändert werden. Unsere Betriebsbeamten sind durchaus zur Kontrolle qualifiziert, umso mehr als ihnen noch das Recht der Einfahrt zur Seite steht. Im Saarrevier wurden dann Veruche mit Grubenkontrolloren aus den Kreisen der Arbeiter gemacht. Man hat mir vorgebracht, daß ich mich nicht vor 3 Jahren gegen Arbeiterkontrolloren ausgesprochen hätte und daß mich gedrängt, ob mir denn nicht das Unglück von Kadob so in die Glieder gefahren sei, daß ich meine Ansicht darauf geändert hätte. Demgegenüber muß ich feststellen, daß ich bei Eintritt meines Amtes jeder persönlichen Erfahrung

Fünfzig Elbe- und Havelorte unter Wasser.

Aus Havelberg, dem Mittelpunkt des norddeutschen Ueberschwemmungsgebietes werden folgende erschütternde Details gemeldet: Die Havelberger Einwohner sind noch in fieberhafter Tätigkeit, in den an der Havel gelegenen Straßen die Ställe zu räumen und das Vieh in Sicherheit zu bringen. Geschäftsleute, die im Keller Waren lagern, schaffen sie eiligst auf den Hausboden. Denn die Gefahr, daß die Deiche der Gewalt der empörten Wellen und der Eischollenberge nicht standhalten, ist auch jetzt noch keinesfalls vorüber. Die Unruhe der Bevölkerung wird erhöht durch die Meldung, daß die Einwohnerschaft des an der Elbe gelegenen Ortes Sandau nochmals alarmiert worden ist, um den Rest ihrer Habgüter zu bergen, da jeden Augenblick der Elbdamm nochmals an einer Stelle durchbrochen werden kann, die weitere mächtige Wassermassen in den Ort eindringen läßt. Das Wasser der Elbe steht sieben Meter hoch; Havel und Elbe sind um über vier Meter über den normalen Stand gestiegen.

Die Ursache der Katastrophe wird auf die ungewöhnlichen Eisverhältnisse zurückgeführt. Die Elbe macht vom Ort Arnburg bis Wittenberge einen etwa fünf bis sechs Kilometer großen Bogen, der sich vollständig mit Eischollen festgelegt hat. Scholle hat sich hier auf Scholle geschoben, so daß die Elbe auf mehrere Kilometer weit vom Grunde bis zur Wasserfläche ein Gebirge von Eis bildet, das den gesamten Wasserlauf des mächtigen Stromes hemmt. Bei Sandau, wo die Ufer durch künstliche Dämme befestigt sind, ist es dann zur Katastrophe gekommen. Die Deiche hätten nach dem Urteil der Sachverständigen schon längst nicht mehr dem ungeheuren Eis- und Wasserdruck standhalten können, wenn sie nicht fest gefroren wären. Bei dem jetzt eingetretenen milden Wetter haben sich die Erdmassen erweicht und so den Durchbruch ermöglicht.

Die Nacht zum Sonntag brachte in Havelberg und den umliegenden Dörfern anstößige Panik mit sich. Die erschreckten Bewohner der unteren Stadt riefen um Hilfe, die Sturmfluten säneten, die Feuerwehre dies auf ihren Stürzen alarmiert

und die im Hafen von Mühlholzen ankern den Dampfer, die in der Havel im Winterquartier liegen und von den Schifferfamilien bewohnt werden, heizten die Kessel und gaben fortgesetzt langgezogene dumpfe Warnungssignale. Frauen und Kinder der Schiffer mußten ihre Fahrzeuge noch in der Nacht verlassen, weil die Gefahr bestand, daß die Schiffe von dem ins Land sich wälzenden Wasser und von den Eismassen zerschellt würden. Die Fahrzeuge wurden vom heftigen Sturm hin und her geschleudert und konnten nur unter großen Anstrengungen doppelt und dreifach verankert werden. Obenbelaubend war das dumpfe Gargeln und Brausen des aufstürmenden Wassers und das fürchterliche Speulen des versteinenden Eises, das sich mit der schaurigen Melodie des Sturmes zu einer Höllensymphonie vereinigte. Die erste Welle, die sich vom zerrissenen Deich ins Haveland stürzte, war einen Meter hoch.

Die von der Regierung entsandten Hochwasserfachverständigen erkannten sofort die große Gefahr und wollten den Damm der Elbe, der nach dem Havelande zu liegt, durch die Pioniere durchstechen lassen, damit das Wasser nach den Havelniederungen einen Abfluß findet. Hier kann das Wasser nicht so großen Schaden anrichten, als wenn es in die weitenweitere Ebene der Altmark hineinströmen würde. Die Absicht der Sachverständigen wurde von den Naturgewalten aber vereitelt. Denn schon am Sonntag Abend wurde der Elbdamm 100 Meter weit zerrissen und von dem Fluten in Sandbüden aufgeweht. Zum Schrecken aller stürzte sich das Hochwasser in die Altmark, wo der Wasserfisch heute schon nach Millionen abht. Die ganze „Wische“ steht meilenweit unter Wasser. Die Wische ist das fruchtbarste Land der Altmark, in dem der in ganz Deutschland bekannte Altmarker Weizen und die Altmarker Gerste gebaut werden. Die gesamte Ansaat von Herbst ist fortgespült worden. An eine Neubekämpfung der Felder ist auf Jahre hinaus nicht zu denken. Der Mutterboden ist durch Stroh aufgeweht und wird erfahrungsgemäß mit Sand, den die Elbe reichlich mit sich führt, bedeckt. Das Dorf Fischbeck im Haveländchen wurde im Jahre 1854 von einem ähnlichen Ereignis betroffen und noch heute haben die Landleute mit der großen Verlandung des Bodens zu rechnen.

Von Sandau bis Wittenberge bildet die Elbe ein einziges Eischollenengebirge und man glaubt sich an die Rüste Spitzbergen verlehrt. Das Eis ist stellenweise über einen halben Meter dick. Die Rettungsarbeiten an den Dämmen der Havel und Elbe mußten eingestellt werden, weil sich die Arbeiter als überaus lebensgefährlich und angesichts des ungeheuren Wasserdruckes als zwecklos erwiesen. Im ganzen stehen etwa fünfzig Dörfer und Güter unter Wasser.

Von Stunde zu Stunde treffen neue Nachrichten darüber ein, daß die geborstenen Deiche immer mehr von den rasenden Fluten verschlungen werden. Die Deichwärter sind gezwungen, ihren Posten zu verlassen, weil die Dämme teilweise Risse zeigen und hier und da schon überflutet werden; das Wasser steht mit dem Deiche fast in gleicher Höhe. Seit gestern röhrt es, daß Wasser der Elbe gefallen, weil durch die Damnbrüche jenseits des Stromes riesige Wassermassen in die Altmark strömen.

Ein eigenartiges Merkmal zeigt die Strömung der Havel, die in der Nähe von Havelberg in die Elbe mündet. Das Wasser der Havel fließt von der Mündung bis in der Nähe von Rathenow Stromaufwärts; die Strömung wird durch den Druck des abfließenden Abwassers hervorgerufen. In Rathenow spielte sich eine ergreifende Szene ab. Eine alte Bauerndrau, die sich auf das Dach ihres Hauses gesetzt hatte, war nicht zu bewegen, in einen Kahn zu steigen, um an das Ufer gerudert zu werden. Sie lag von Nacht bis zum Abend auf dem Dache, bis sie von den Pionieren mit Gewalt ergriffen und an Land gebracht wurde. Die Stimmung ist im Haveland sehr gedrückt. In Havelberg werden die Barometer besetzt - aber sie prophezeien keine erheblichen Aufschüben. Das Wetterglas ist erheblich gefallen, es steht auf Sturm und Regen, und von der Wogeburger Gegend kommt die Nachricht, daß der starke Elbdamm fortbauert.

Der Damm bei Sandau ist noch weiter abgehst worden, so daß das Hochwasser nicht mehr nach dem Havelande, sondern nur nach der Altmark in der Richtung auf Osterburg und Seehausen strömt.

Das ganze Ueberschwemmungsgebiet umfaßt einen Flächenraum von 25 bis 30 Kilometern. Die Bewohner sitzen in vielen Orten auf dem nackten Boden, und das heißt nur unter großen Gefahren, wie zum Beispiel in Sandau verbleiben. Dort wurden die Leute so schnell vor der Flut überbracht, daß sie sich auf die Dächer flüchten mußten. Vor Schreck und bitterer Kälte zitternd, erwartete man die Hilfe der Pioniere, aber taupferen Anstrengungen es schließlich gelang, die Vermittler zu

...ung endete. Nachdem ich dann selbst der Sache noch...
...der Beziehungen zwischen Arbeit...
...den Gedanken, zur Verbesserung des Verhältnisses...
...Arbeitsverhältnisse zu schaffen, und der Weg hat sich als gangbar...
...in der Lage, mich von vornherein mit den Vertrauensleuten der Belegschaft in Verbindung...
...den Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...
...den Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Hg. Benschel (Konservativ):
Das alte Einvernehmen zwischen der Belegschaft und der...
...wird wieder durch Kräfte geklärt, die sich einmischen in die Verhältnisse...
...der Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Hg. Samsuch (Zentrum):
Die obliegende Kritik der sozialdemokratischen Presse an dieser...
...in der Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Hg. Reinert (Sozialdemokrat):
Der vorliegende Gesetzentwurf betrieht die beabsichtigten...
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zus aller Welt.
Von Berliner Messerschütz. In Ermittelung des...
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

eine Regelung der Arbeiterfrage in der Weise, daß das Bewußtsein der...
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zerstückung der Aufsichtsbearbeiter.
(Sehr wahr! h. d. Soz.) Sollten sie es wagen, so würden sie...
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

die Forderung der Arbeitgeber erfüllen will. Es ist das eine von...
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Das Unglück in Raddob
angehen hat. Zur Verbesserung dieses Gesetzes würde dann wohl...
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zus aller Welt.
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zus aller Welt.
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zus aller Welt.
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zus aller Welt.
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zus aller Welt.
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Zus aller Welt.
...die Belegschaft, die zu überleben sie genötigt in der Lage sind...
...die Belegschaft für einen Fortschritt...
...das Recht, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen...
...die Belegschaften herbeizuführen und eine Abkehr von...
...der Sozialdemokratie zu erreichen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird...

Nicht sie ist also der Grund für dieses Gesetz, sondern die Furcht vor der Sozialdemokratie. Sagen Sie doch öffentlich, da Sie Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht wirklich schätzen wollen, weil die Sozialdemokratie ein Hindernis ist. (Widerbruch rechts.) Selbst die deutsche Bergwerksverwaltung hat sich neuerdings für Arbeiterkontrollen ausgesprochen, wie wir sie wollen, nur hat sie mit Recht gefordert, daß der Staat sie bezahle. Ich frage den Minister: Sind das auch Demagogien, die die schlechten Eigenschaften aufzuheben? Ich muß meine Bewunderung über die Haltung des Ministers ausdrücken. (Zurufe des A. u. S. A.: Ach, reden Sie doch nicht von Verbesserungen. Sie sollten lieber Ihre Andeutung so einrichten, daß Sie nicht erlappt werden! Heiterkeit.) Früher haben Sie selbst erklärt, daß Sie eine solche Vorlage unannehmbar sei. (Zurufe des A. u. S. A.: Wir wollen uns doch nicht auf Abgeordnetenliste einlassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Effekt, der Vorstöße der Siebener-Kommission, hat am 29. November in Hannover gelangt, wenn die Hoffnungen der Arbeitererschaft geküßelt würden, würde sich ein Kampf aufspielen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen habe, wenn auch das Erbvermögen der Nation dadurch um Jahrzehnte zurückgeworfen werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieses Haus hat alle Ursache, sich das Vertrauen der Vergleute zu erwerben. Auch die christlichen Vergleute sind der Überzeugung, daß ihnen das letzte Vergarbeitergesetz nur Steine statt Brot geboten hat. (A. u. S. A. Brust (Zentrum): Einzelne Personen!) Herr Brust, Sie stehen in keinem guten Ruf bei Ihren früheren Kollegen, weil Sie sich wiederholt in Widerspruch mit den christlichen Vergleuten gesetzt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein christlicher Arbeiterführer hat erklärt: Der Vergarbeiter, der vom preussischen Landtag noch etwas erwartet, ist unrettbar verloren. (A. u. S. A. Brust: Wo?) In einem Flugblatt vom März 1908. Wollen Sie den Forderungen der Arbeiter gerecht werden, dann sind Sie zur Mitarbeit durchaus bereit. Wir werden aber nicht stehen bleiben bei dem, was die Regierung hier vor schlägt. Wir müssen uns auch beschäftigen mit der Ausdehnung der Schichtzeit, mit dem familiären Arbeitszeit u. s. w. Es wäre für dieses Haus eine Kleinigkeit, die Regierung zu drängen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Sie braucht noch nicht einmal so aufzutauchen, wie die Verhörer der Regierung gegen Vergleute sind. Wollen Sie die Regierung nicht dazu zwingen, so überlassen Sie dem Reich die Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Dann wird die Bergarbeitererschaft bestrebt aufatmen, weil sie die Sicherheit hat, daß sie einwirken kann auf die Ausführung der Gesetze durch ihre Stimmgabel bei der Reichstagswahl. Der Vorredner hat sich genügend geäußert. Das Abgeordnetenhaus möge Farbe bekennen. Das Leben von mehr als einer halben Million Vergleuten steht auf dem Spiel. Der Wind jät, wird Sturm enten. Erfüllen Sie die Forderungen der Vergleute nicht, dann wird der Sturm losbrechen, den der christliche Arbeiterführer angekündigt. (Unruhe rechts. Bravo! bei den Soz.)

Hg. Dr. Friedberg (natl.):

Der geehrte Herr Vorredner hat wohl die Aufgabe des Plenums und der Kommission verwechselt. Seine Anregungen waren gewiß beachtenswert und werden uns in der Kommission zu beschäftigen haben. Hier handelt es sich nur um die allgemeinen Gesichtspunkte. Denn der Herr Vorredner von der angeklagten Abhängigkeit der Aufsichtsbeamten von den Grubenbesitzern gesprochen hat, so liegt das wohl daran, daß er keine rechte Vorstellung hat von der Gewissenhaftigkeit und Treue des preussischen und deutschen Beamten. Eine solche Verdächtigung des Beamtenums ist nur von sozialdemokratischer Seite möglich. (Bravo! bei den Natl.) Wir stehen der Vorlage im allgemeinen freundlich gegenüber. Gewisse Bedenken werden in der Kommission erledigt werden. Eine unerbötliche Verdächtigung des Hauses ist es auch, wenn Herr Reimert behauptet, wir wollten keinen wirksamen Schutz der Vergleute, weil es Sozialdemokraten wären. Es genügt, eine solche Behauptung niedriger zu hängen. (Sehr gut! bei den Natl.) Arbeiter und Arbeiter haben ein gemeinsames Interesse an der Sicherheit in den Gruben. Schon als gute Geschäftleute sind die Grubenbesitzer gezwungen, alles Mögliche zur Sicherung der Gruben zu tun. Also dieser Hinweis auf den Kapitalismus der Grubenbesitzer ist ganz unfinnig und beweist ein übertriebenes Mißtrauen des wirtschaftlichen Verständnisses. (Bravo! bei den Natl.) Karl Marx hat niemals gesagt, daß die großen Unternehmungen nicht kapitalistisch betrieben werden müßten, sondern nur das Eigentum an diesem Kapital in anderer Weise regulieren wollen. Er hat auch niemals im wirtschaftlichen Leben die Rechtlosigkeit und Unrecht angewandt. Herr Reimert sollte solche Redewendungen, die bei der Agitation draußen vielleicht wirksam sind, doch wenigstens hier im Hause gegenüber den Leuten, die die wirtschaftlichen Verhältnisse kennen, unterlassen. (Bravo! bei den Natl.) Dem Herrn Minister muß ich den Vorwurf machen, daß das Material, welches er in Bezug auf die Arbeiterkontrollen uns vorgelegt hat, bereits zehn Jahre alt ist. Es hätten die Erfahrungen dargestellt werden müssen, die inzwischen gemacht worden sind. Herrn Reimert gegenüber betone ich, daß in Westfalen noch kein einziger Arbeiter, der einem Arbeiterausschuß angehörit, gefoltert worden ist. (Hört, hört! bei den Natl.) Daß die Sozialdemokratie aber die Arbeiterorganisation als ein Kampfmittel für sich betrachtet hat, beweisen Aufrufe des alten Vergarbeiterverbandes. Es heißt da zum Beispiel: „Organisiert und agitiert nach Kräften, damit unser Verband als Element aus den Wahlen hervorgeht; ... Wir müssen trotz aller Hindernisse diese Einrichtung so viel wie möglich zum Besten der Kameraden ausnutzen.“ Das beweist, daß die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein darauf ausgegangen ist, gerade ihre Leute in die Arbeiterorganisation hineinzubringen. Und so würde es auch bei den Wahlen der Arbeiterkontrollen sein. Der Sicherheitsmann sollte auch die Berücksichtigung erhalten, Uebertretungen der herabgesetzlichen Vorschriften seitens der Arbeiter zur Anzeige zu bringen. Wir wollen keine Demunzianten großziehen, aber das Verantwortlichkeitsgefühl auch bei den Arbeitern fähren. Eine reichsweite Regelung der Frage lehnen wir ab, weil die Verhältnisse in den einzelnen Landesstellen im Bergbau ganz verschiedene sind und weil auch die Landesgesetzgebung sich ein Teil Sozialpolitik erhalten will. (Bravo! bei den Natl.)

Hg. Dr. v. Wohyna (freison.):

Wir beandien es, daß die Regierung sich nicht dazu hat zwingen lassen, im Vorbericht für ein Reichsberggesetz einzutreten. Wir sind mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden. Uns liegt daran, zu verhindern, daß unsere Ereignisse sich in die sozialdemokratischen Organisationsformen drängen läßt. Die Vorlage bedeutet einen schweren Schritt in unsere eigene wirtschaftliche Ordnung. Es werden hier zum ersten Mal die Unterebenen in den Bergbau, die Vorgesetzten mitunterkontrollieren. Angesichts dieser Tatsache hat die Regierung auch alle Beantwärtigung, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, um den unannehmlichen Folgen eines großen Wasserfalls im Kohlenrevier vorzubeugen. Das wäre möglich durch die Schaffung großer Kohlenreferendare. (Bravo! rechts.)

Hg. Dr. Gröger (freisonische Volkspartei):

Die Reform ist etwas spät gekommen, zumal das Material dazu schon seit Jahren vorlag. Die psychologische Wirkung der Novelle, von der der Minister sprach, wird abgemildert werden durch eine Reihe von Bestimmungen, die Maßnahmen gegen die Arbeiter bedeuten. Und vollends die letzte Anregung des Herrn Vorredners wird Wasser auf die Mühle der Schürfmacher von der Linken sein. (Sehr richtig! bei den Natl.) Wir bedauern, daß hier nicht alle Arbeit mit einer ordentlichen Revision des Berggesetzes gemacht wird. Eine endgültige Stellung zu der Vorlage können wir heute noch nicht einnehmen. Wir stehen zunächst eine reichsweite Regelung der Materie vor. Wenn wir uns bei Übernahme gewisser Änderungen schließlic für die Vorlage erklären, so geben wir die Forderung unter keinen Umständen auf. Ein ganzer Teil der Bestimmungen für das Bergrecht steht schon jetzt in der Gesetzesordnung. Herr Reimert hat gewiß mit manchem Teil seiner Ausführungen der glücklichen Verabschiedung der Vorlage keinen guten Dienst erwiesen. Aber es ist ungewiss, ob diese Novelle ihre psychologische Wirkung nur ausüben wird.

wenn wir die Wünsche der Arbeiter erfüllen. Bedauerlich ist, daß die Regierung es abgelehnt hat, den Bergarbeiterkongress in Berlin zu beschicken. Nach dem Urteile der „Sozialen Progress“ kann bei diesem Kongress nicht von sozialdemokratischer Wache gesprochen werden. Die Verhandlungen waren durchaus ruhig und sachlich. Ich erinnere auch daran, daß am zweiten Tag die Verhandlungen 1 Stunde früher begannen, um den katholischen Delegierten die Möglichkeit zu geben, an Maria Theresia zur Kirche zu gehen. (Hört, hört!) Wenn auch nur 20 oder 10 % der dort gegen die Vorlage erhobenen Vorwürfe auf Tatsachen beruhen, ist Abhilfe dringend notwendig. Es wird Aufgabe der Beroverswaltung sein, die in dem Bericht enthaltenen Vorwürfe nachprüfen und eventuell in einer Gegenentscheidung zu beantworten. (Sehr richtig! links.) Wenn wir die schwersten Eingriffe in das wirtschaftliche Leben, wie sie die Vorlage enthält, nicht prinzipiell ablehnen, so liegt das an den besorgteren Verhältnissen des Bergbaus. Es handelt sich hier um das Leben und die Gesundheit von Hunderttausenden von Arbeitern und um die unendlich vielen Gewerbetriebe, die mit dem Kohlenbergbau im Zusammenhang stehen. Dazu kommt die Zunahme der Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt gerade im Kohlenbergbau und die Notwendigkeit, gerade hier Steuern mit ihnen verbunden wirtschaftlichen Folgen zu verbilligen. Wirtschaftswert wäre es, wenn in diesem Gesetz auch die Frage der schwarzen Listen geregelt wäre. (Bravo! k. b. Kreis.)

Handelsminister Dr. Delbrück:

Die Einbeziehung der Frage der schwarzen Listen in den Rahmen dieses Gesetzes würde sein Zustandekommen sehr erschweren. Die Reorganisation der Bergbehörden ist außerordentlich schwierig. Sollte der Antrag fertig bekommen, so würde ich ihm gern meinen Platz als dem Würdigeren und Geschickteren einräumen. (Heiterkeit.) Das Material der Regierung ist seinerzeit veröffentlicht worden. Die Gründe, warum es sich nicht früher zu einer Vorlage verdingt hat, habe ich vorher ausgeführt. Uebrigens ist uns gesagt worden, daß die Dinge in England noch heute so liegen wie damals. Herrn Reimert gegenüber betone ich zunächst, daß auf der Konferenz, von der ich sprach, alles mit großer Ruhe und Sachlichkeit von allen Beteiligten diskutiert worden ist. Wenn ich wieder den Wünschen der Arbeiter noch der Grubenbesitzer gefolgt bin, so liegt das an der Stellung des preussischen Beamten und der preussischen Regierung. Wir sind unabhängig von niemandem (Heiterkeit und sehr wahr! bei den Soz.), abhängig von niemandem, sondern nehmen lediglich auf die Interessen der Gesamtheit Rücksicht. Das ist unser Ziel. (Bravo! rechts.) Wenn wir die Grubenkontrollen so vorschlagen wie die Vorlage es vorsieht, so wollen wir dabei die Mängel ausmerzen, die sich selbstlos bei der Organisation in anderen Ländern ergeben haben. Die Begleitung des Sicherheitsmannes durch einen Beamten hat den Zweck, daß der Sicherheitsmann auf Fragen, die er stellt, eine Antwort erhält, daß er aufreht bleibt über das eigentliche Ziel des Sicherheitsdienstes. Ob die Sicherheitsleute etwas freier oder weniger frei gestellt werden, ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß der gute Wille auf beiden Seiten zur Verständigung vorhanden ist. Herr Reimert hat dann die Behauptung wiederholt, daß die Gesundheit und Unfallverhältnisse in unserem Bergbau sich dauernd verschlechtern hätten. Es ist Sache der Gegenstände unserer dauernden Aufmerksamkeit gewesen. Auf meine Veranlassung bin sind die Anknüpfungsvorläufe Anknüpfungsvorläufe und sonstigen Sachverständigen über diese Frage gehört worden. Die Erhebungen sind zum Abschluß gekommen und haben ergeben, daß, wenn man die Zahlen richtig stellt, tatsächlich eine Verschlechterung der Unfallziffer und vor allem eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse eigentlich nicht zu verzeichnen ist. (Hört, hört!) Mein Kommissar wird darüber noch einige nähere Angaben machen.

Geschmeckt Recht: Wenn die befragten Anknüpfungsvorläufe einmütig zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Zunahme der Unfallfälle und Unfälle keine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse im Bergbau bedeute, so hat sie dabei die Erwägung geleitet, daß früher gar nicht beachtete Krankheiten herbeigeführt werden; ferner daß für die Erhöhung der Krankheitsziffer die Vermehrung der Unfälle, bezw. der Unfälle mit unbedeutenden Folgen, in Betracht kommt. Ferner sind eine große Anzahl ausländischer Arbeiter in den letzten Jahren herangezogen worden, die häufiger Betriebsunfälle erleiden und auch an die ganze Lebensweise im Bergbau nicht gewöhnt sind, so daß sie sich leichter überarbeiten. Endlich kommt auch die nicht unerhebliche Erhöhung des Krankheitsziffer in Betracht. Die meisten Unfälle haben zur Verletzung der Krankheitsdauer geführt. Die Zunahme der Unfälle im Bergbau ist daraus zu erklären, daß seit 1899 die Selbstmordziffer aufgehoben und alle früheren Selbstmordfälle als Ganzmordfälle erklärt worden sind. Uebrigens nehme ich an, daß das ganze Material der Anknüpfungsvorläufe in geeigneter Weise veröffentlicht werden wird.

Darauf wird die Wetterberatung auf Mittwoch 1 Uhr verlegt. (Außer dem Verges.)
Schluß 5 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Februar.

Geschichtskalender.

18. Februar.

- 1546 Martin Luthers T.
- 1564 Der bedeutendste Künstler der italienischen Renaissance, V. d. hauer, Maler, Direktor Michelangelo Buonarroti T.
- 1857 Der moderne Maler, Bildhauer und Radierer Max Klinger in Leipzig T.

Die arme Polizei!

Sie hat jetzt Tag und Nacht keine Ruhe. Böse Träume lassen gewisse Herren in der Ursulinerstraße unangenehm an nahe bevorstehende Straßendemonstrationen glauben, und wo ihrer zwei beisammenstehen, muß sie gleich eruierten gehen. So auch am Sonntag. Der gemüthliche alte Herr, der in der Schugmannsuniform am Sonntag auf dem Wachtplatze Posten stand, wurde aus seinem Sinnen heftig aufgeführt. Er sah nach und nach eine ganze Anzahl Arbeiter sich dort versammeln. Mitten auf dem Wachtplatze! Man denke! An einem Sonntag und bei schönem Wetter! Was anders können die dort wollen, als demonstrieren? So dachte sich unser alter Herr, und da man ihm von der Gefährlichkeit der Demonstranten unheimlich Schlimmes erzählt haben mochte, benachrichtigte er spornreichs seine Kameraden im Wachtplatze, um wenigstens auf alles gefaßt zu sein.

Es dauerte denn auch, da man auch in den Wachtplätzen auf Demonstranten seit Wochen fieberhaft wartet und immer in Bereitschaft ist, sie zu fangen, gar nicht lange, und „Oculi, da kamen sie!“ In Schritt und Tritt und Tritt und Schritt — Patronen im Revolver drin und für die Schuppenkette bereit das Rinn — heran im Gänsemarsch. Und die so schnell nicht konnten mit, die bracht auf Kommissarius Witt, die Trambahn angefahren. Dann standen sie und schauten zu, wie sich „die Leute“ in heiterer Ruhe, unförmlich amüsierten. So eine Viertelstunde verrann und keine Demonstration begann, trotz fieberhaften Wartens. Da endlich setzte sich der Zug bald in Bewegung und laut frug der Führer der Polizei: „Wohin denn heut“ die Kette geh, zumal man ja das Ziel nicht sah und was man denn dort plante. Da lacht

der Demonstrantenzug und lud so gastlich wie ein Buch die Polizei zum Mitgehen ein. Wohin? Et nun! Zur Brauerei, die von Genossen frank und frei Bier braut in großen Massen. Dort wolle man erkaffen, ob Hopfen auch und Malz genug und Alkohol und Wohlgeruch im Biere sich finde. — Tableau! Enttäuscht zog fort der Schwarm und unsere Leute sonder Harm, sie lachten sich ins Häuschen.

In diesem Falle lag also ein äußerer Anlaß für die Polizei vor, auf der Wildschänke zu erscheinen: Die Schmiebe (benn sie waren es), hatten sich auf dem Wachtplatze ein Stelldichein gegeben, um gemeinsam die Genossenschaftsbrauerei in der Hubenstraße zu besichtigen. Aber was die Polizei am Sonntag vorher, am 7. Februar, auf die Straße getrieben, ist nicht recht ersichtlich. In großer Scharen sah man sie auf den Straßen der inneren Stadt. Es waren allerdings für diesen Tag 28 Versammlungen geplant gewesen, die aber eingetretener Umstände halber wieder abgesetzt worden waren. Bedauerlich ist nur, daß durch dieses ständige Warten auf die Demonstranten den Schutzleuten, auch denen, die nicht ein persönliches Interesse an der Niederknüpfung friedlicher Staatsbürger haben, jeder freie Sonntag geraubt wird. Ist es denn wirklich so schwer, zu begreifen, daß wir demonstrieren, wann wir den Zeitpunkt für günstig halten?

Zimmer noch einmal: Dr. Walter Stempel.

Vom Landgerichte Breslau ist am 3. Dezember v. J. unser verantwortlicher Redakteur Genosse Gustav Wolff wegen zweifacher Beleidigung des Dr. med. Stempel zu 60 und 20 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Es handelte sich um zwei Artikel, die am 12. September und am 8. Oktober v. J. in der „Volkswacht“ erschienen waren. Es wurde darin gesagt, bei diesem Arzte müßten sich die Frauen in Gegenwart der Männer und die Männer in Gegenwart der Frauen teilweise ausziehen. Sodann wurde ihm eine wenig schöne Art der Behandlung vorgeworfen. In den Unfallsverleuten setze er meist Stimulantien. Er werfe ihnen Schimpfworte an den Kopf, nenne sie Vagabunden, die die Krankenkasse ausbeuten wollten, und habe einen Mann hinauszuwerfen gedroht, der behauptete, er sei noch nicht arbeitsfähig. Dem Wunsche des Dr. St., so hieß es weiter, die „Volkswacht“ möge ihm den Buchel hinunteruntersuchen, werden wir gern entsprechen, wenn er uns auf der Redaktion besuchen will. Dann war noch von dem „Vertrauensarzt“ (in Anführungsstrichen) die Rede und es wurde behauptet, die Schimpfworte des Doktors ständen nicht im Knigge.

Im Urteile heißt es: Die behaupteten Tatsachen, daß Dr. St. Männer und Frauen bei der Untersuchung nicht genügend absondert und sie grob behandelt, ist erwiesen. Aber das erstere ist nicht Rücksicht auf den beschränkten Raum und ohne Anordnung des Dr. St. Dr. St. Anknüpfung hatte ein individuelles Interesse an der Abklärung des vermeintlichen Unfalls, da er selbst Mitglied einer ähnlichen Kasse ist und jederzeit eine ähnliche Behandlung erfahren kann. Daher war er berechtigt über seine sich für berechtigt halten, die Interessen in der anderen Patienten zu wahren. Die Absicht der Beleidigung wurde aber aus der Wahl des Ausdrucks „Vertrauensarzt“ und dem Hinweis auf Kniggebuch erblidet.

Die Revision des Angeklagten, die gestern vor dem Reichsgericht verhandelt wurde, rügte Verkennung des § 193. Die Erwähnung des Knigge sei eine sehr schonende Kritik, ebenso die anderen Ausdrücke, die der täglichen Umgangssprache angehören. Die Wendung vom Buchel: runteruntersuchen sei keine Beleidigung des Dr. St., sondern eine solche der Redaktion durch Dr. St. — Das Reichsgericht verwurft natürlich die Revision, da das Urteil „keiner Anknüpfung“ enthalte.

Wie ein „Gelber“ kuriert und wie er ein „Roter“ wird.

Erst vor einigen Tagen zitterten wir aus einem Flugblatt eine Stelle, wonach in der Waggonfabrik von Linde Arbeiter nur deshalb auf Plaster geworfen wurden, weil sie an der Verdringung eines Kameraden teilgenommen! Diese Brutalität ist umso empörender, als jedesmal von der Fabrikleitung zu recht zahlreicher Beteiligung an den Verdringungen durch Anschlag aufgefordert wird. Um den Scheln der Riecht gegenüber den Verdringenen zu wahren, erklärt die Direktion Gesebe, aber mit dem schändlichen Hintergedanken, daß niemand sie ungefroht antworten darf.

Bisher waren nun von dieser skandalösen Maßnahme „nur“ freie Gewerkschafter betroffen worden. Vor allem, weil ja die Gelben als brave, gehorsame Schächer sich an den Verdringungen der Kameraden nicht beteiligten. Einer nur hatte vor einiger Tagen, in der Abteilung 5, den Mut, seinem verstorbenen Kameraden das letzte Geleit zu geben. Nach dazu, wo der Anschlag zu recht zahlreicher Beteiligung der Mitarbeiter ausbrütlich aufgeführt. Aber diese treue Kameradschaft wurde ihm zum Verhängnis: Kaum wieder in der Fabrik angelangt, erhielt er ohne ein Wort der Begründung seine Entlassung!

Nun lag der Mann, der 3 Jahre dem Werke als Schloffer treu gedient und auch im gelben Arbeiterverein die Interessen seiner Gesebe wader mit vertreten, arbeitslos auf der Straße. Arbeitslos, aber nicht mutlos. Sofort machte er sich auf den Weg, um diese Unternehmerrückstreckung dem Vorstande, dem gelben Herren Böhm und Martin zu melden. Da diese ihm kein feierlich versprochen, ihn zu schützen, so er als selbstverständlich an, daß sie sofort die Direktion zur Rede stellen würden. Denn wozu hatte er sonst jahrelang seine Beiträge bezahlt und sich mit den Phrasen von der „Harmonie der Interessen“ aufhängen lassen?

Aber der seinem Vorstande kam er schon an! „Vorfällig werden? Kann! Wo können wir hin, wenn wir wegen jedem Gemahrgelien vorfällig werden wollten? Da möchten wir bald zu einem Verein von Bummelanten werden! Denn wenn Sie nicht die Arbeit verbummelt hätten, wären Sie nicht entlassen!“ — Der Kermste war wie vor den Kopf geschlagen. So ist die beschriebene Gesebe auf? Nur vor seinen roten Mitarbeitern hatte man ihn schützen wollen, nicht aber vor seinen Ausbeutern. Hol der Teufel diese gelben Verdringer, sojete er sich, kam zu uns in die Redaktion, beste uns das Verdien des gelben Arbeiterbetrüger auf und — in diesem Augenblicke bereits ein eifriges Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Seinen gelben „Schützern“, die ihn seine im Schutze gehalten, hat er verdrängt den Rücken gelobt und wird ja, wie

Die junge Veronika... (The young Veronika...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)

Die alte Frau... (The old woman...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)

Die alte Frau... (The old woman...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)

Die alte Frau... (The old woman...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)

Der alte Herr... (The old man...)